

Ralph Weber ist Professor für European Global Studies am Europainstitut der Universität Basel. Ihm ist es ein Anliegen, sich mit seiner Expertise an die Öffentlichkeit zu wenden, um seine Forschungserkenntnisse über die Aktivitäten der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zu vermitteln und eine öffentliche Diskussion über die Volksrepublik (VR) China und deren Einflussnahme im Ausland anzuregen.

Ihre Stimme ist sehr gefragt im öffentlichen und medialen Diskurs rund um die Themen globale Einflussnahme, Machtpolitik und politisches System der VR China. Weshalb haben Sie sich entschieden mit diesen Themen an die Öffentlichkeit zu treten?

Ralph Weber – Schon seit Jahren habe ich mich damit beschäftigt, wie die KPCh den Konfuzianismus selektiv nutzt und für ihre Zwecke instrumentalisiert. Dann wurde ich vor zwei Jahren angefragt, im Tagesgespräch auf SRF1 länger zum 30. Gedenktag des Massakers rund um die Ereignisse am Platz des Himmlischen Friedens zu sprechen. Damals hatte ich mir genau überlegt, ob ich das tun soll, und mich dann dafür entschieden – danach habe ich konsequent weitergemacht. Es geht mir hierbei vor allem darum, zur öffentlichen Diskussion möglichst differenziert und auch konstruktiv beizutragen und gleichzeitig die Dinge beim Namen zu nennen.

Welches Wissen über das politische System Chinas ist grundlegend, um das Agieren der VR auf der Weltbühne zu verstehen?

Am wichtigsten ist, dass die Partei über dem Staat steht und marxistisch-leninistisch ist. Der Parteilite geht es schlicht um ihren Machterhalt, man ist ja keinen Wiederwählerfordernissen unterworfen. Wenn man die globale Politik der VR China analysiert, muss man die Parteistrukturen im Blick haben. Als vor ein paar Monaten eine chinesische Delegation in Alaska den amerikanischen Aussenminister Antony Blinken traf, war mit Yang Jiechi ein Parteivertreter ohne aktuelles Staatsamt die zentrale Figur. Der chinesische Parteistaat wirkt heutzutage in fast alle Lebensbereiche hinein; es gibt kaum mehr Räume für unabhängiges zivilgesellschaftliches oder wirtschaftliches Engagement.

Kai Strittmatter schreibt in seinem Buch «Die Neuerfindung der Diktatur» (2018): «Das China, das uns die letzten vier Jahrzehnte begleitet hat, [...] es ist nicht mehr. [...] Wo Deng Xiaoping Pragmatismus verschrieb, huldigt Xi Jinping wieder der Ideologie.» Können Sie die Grundpfeiler dieser Ideologie, wie sie heute von der KPCh interpretiert wird, kurz skizzieren?

Die grundlegende Ideologie war nie verschwunden. Auch unter Deng Xiaoping war man dem sozialistischen Weg unter Führung der KPCh auf Grundlage des Marxismus-Leninismus und Mao Zedong-Denkens sowie der Diktatur des Proletariats verpflichtet. Das Bekenntnis zum leninistischen demokratischen Zentralismus und das Ziel des langfristigen Sieges über den Kapitalismus sind seit Mao Zedong bis heute ideologische Grundpfeiler. Was man bei Xi Jinping beobachten kann, ist eine Re-Ideologisierung in dem Sinne, dass er die Partei wieder ins Zentrum stellt (ihr Führungsanspruch ist seit 2018 wieder explizit in der Staatsverfassung verankert), Parteimitglieder und Bürokraten ideologisch viel strenger an die Leine nimmt, alle Gesellschaftsbereiche auf die Parteilinie einzuschwören versucht und dafür teils maoistische Praktiken nutzt, aber neueste Technologien verwendet.

Weshalb sind diese Ideen heute so tief verwurzelt in den Köpfen der Parteiführenden, wieso stecken sie Xi Jinping «in den Knochen»¹?

Dass der Ideologie eine zentrale Rolle zugedacht wird, heisst noch nicht, dass sie auch die Handlungen der Parteispitze motiviert. Das ist letztlich eine offene Frage und die Antwort mag bei verschiedenen Parteifunktionären unterschiedlich ausfallen. Es wäre aber sicherlich unklug, die Ideologie nicht auch als Werkzeug der Parteispitze in Erwägung zu ziehen, sie also als Instrument zur Machterhaltung und nicht als Zweck an sich zu verstehen. Was Xi also «in den Knochen» steckt, mag die Einsicht in den Nutzen der Ideologie sein.

Was für ein Programm der globalen Einflussnahme verfolgt die KPCh, mit welchen Mitteln, über welche Institutionen und zu welchem Zweck?

Die KPCh versucht global einerseits über gebräuchliche Kanäle wie Diplomatie und Nachrichtendienste Einfluss auszuüben. Daneben verwendet sie aber auch andere Kanäle, die als eigenständige Weiterentwicklungen von ursprünglich oft sowjetischen Vorbildern funktionieren, also etwa das Propagandadepartement oder die

¹ Strittmatter, Kai 2018: Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert. München: Piper.

Abteilung für internationale Verbindungen. Die Botschaft ist weitgehend uniform und wird von der Parteispitze ins System eingespeist. Die verschiedenen Akteure stehen aber durchaus zueinander in einem Konkurrenzverhältnis, buhlen also um die Gunst der Parteispitze und wollen Ressourcen und Macht für sich.

Häufig fallen auch die Begriffe «Wolf Warrior Diplomacy» und «Operation Fox Hunt». Woher stammen diese Terminologien und welche Praktiken werden damit bezeichnet?

Der Begriff der «Wolf Warrior Diplomacy» ist einem Actionfilm entnommen und bezeichnet das aggressive Auftreten chinesischer Diplomaten in jüngster Zeit. Dieses steht in klarem Gegensatz zur zuvor geltenden, auf Deng Xiaoping zurückgehenden Maxime, dass man sich zurückhaltend und kooperativ verhalten solle. Ein neues Buch mit dem Titel *China's Civilian Army* (2021)² beschreibt die Geschichte der VR-Diplomatie von ihrer Gründung durch Zhou Enlai bis zur heutigen «Wolf Warrior Diplomacy» überaus kenntnisreich. «Operation Fox Hunt» ist ein Programm, das bis ins Jahr 2014 zurückreicht, mit dem Korruptionsbeschuldigte, angeblich aber unter diesem Deckmantel auch Dissidenten und andere dem Regime unliebsame Personen, rund um den Globus nach China zurückgezwungen wurden. Es steht auch für den zunehmenden Trend des chinesischen Parteistaats, extraterritoriale Autorität auszuüben, mitunter in klarer Verletzung der Souveränität anderer Länder.

Im Zusammenhang mit der globalen Einflussnahme der KPCh ist von einem weiteren Instrumentarium die Rede, von der Einheitsfront. Worum handelt es sich dabei?

Bei der Einheitsfront handelt es sich um eine auf Lenin zurückgehende Taktik von temporären Allianzen mit anderen Gruppierungen und der Vereinnahmung von Nicht-Parteimitgliedern. Konkret werden wohlgesonnene oder unbedarfte Personen im In- und Ausland für die Zwecke der Partei eingespannt und Kritiker marginalisiert. Die KPCh mit ihren ca. 90 Millionen Mitgliedern muss letztlich nur schon im Inland über eine Bevölkerung von 1,4 Milliarden Menschen herrschen. Solche Einheitsfrontarbeit ist die Pflicht jedes Parteimitglieds. Zusätzlich ist die Einheitsfront ein Einflussssystem mit eigenen Institutionen nebst der Propagandaabteilung und anderen Einflussssystemen. Sie trägt zum Beispiel besondere Verantwortung für die soziale Kontrolle der Religionen, für Tibet, Xinjiang, Hong Kong und Taiwan, für Überseechinesen, und so weiter. Unter Xi Jinping wurde sie personell und budgetär enorm gestärkt und sie hat weitere Aufgabengebiete übernommen. Explizit soll sie Studierende im Ausland, Geschäftsleute und Influencer verstärkt einspannen.

Warum ist es für die KPCh ein wichtiges Bestreben kritische Stimmen im Ausland orchestriert zu beeinflussen oder sie zum Schweigen zu bringen?

Solche autoritären Regime mit totalitären Tendenzen benötigen zum einen Feindbilder, um ihre eigene Legitimation aufrechtzuerhalten. So stärkt man den falschen Anspruch, für das eigene Volk zu handeln, und vereinnahmt es. Deshalb ist es wichtig, in der kritischen Auseinandersetzung mit dem Regime strikt zwischen Chinesen und Chinesinnen auf der einen Seite und dem Parteistaat auf der anderen Seite zu unterscheiden. Für die KPCh ist es also wichtig, die aus dem Ausland drohende Gefahr im Bewusstsein der eigenen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Auf der Weltbühne möchte sie hingegen etwa durch Diskursbeeinflussung erreichen, dass die VR China als verantwortungsvolle Grossmacht mit einem anderen, aber keineswegs unterlegenen politischen System als legitim wahrgenommen wird. Vielmehr: Seit ein paar Jahren stellt man das eigene System sogar als den Demokratien überlegen dar. Kritische Stimmen sind dabei störend und unerwünscht. Es soll eine gute Geschichte über China erzählt werden, und parallel geht es darum, liberale Demokratien als ineffizient und historisch gescheitert zu diffamieren.

² Martin, Peter 2021: *China's Civilian Army: the Inside Story of China's Quest for Global Power*. New York, NY: Oxford University Press.

Interview mit China-Experte Ralph Weber (Teil II)

- Sie haben 2020 die erste wissenschaftliche Studie über den Einfluss der KP China in der Schweiz veröffentlicht. In dieser Studie identifizieren Sie personenbezogene und institutionalisierte Netzwerke, die der KP China zur Beeinflussung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in der Schweiz dienen. Welches Fazit kann aus ihrer Studie gezogen werden?

Die Studie zeigt, wie die Einheitsfront in die chinesische Diaspora in der Schweiz hineinwirkt und welche Rolle die chinesische Botschaft in Bern und das Konsulat in Zürich dabei spielen. In der Studie warne ich nachdrücklich davor, aufgrund der Verbindungen in der chinesischen Diaspora zum Einflussapparat des chinesischen Parteistaats einen Allgemeinverdacht gegen Chinesinnen und Chinesen in der Schweiz abzuleiten. Das wäre höchst problematisch und würde weit am Sachverhalt vorbeiziehen. Einige wenige Figuren der Diaspora wirken allerdings als wichtige Verbindungsglieder in die Schweizer Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft hinein. Akteure in diesen Bereichen unterhalten zahlreiche Kontakte etwa mit dem Propagandasystem der KP China. Die Folgen solcher Kontakte sind oft subtil und schleichend. Es geht um die Beeinflussung des Diskurses rund um «China» und um sich normalisierende Selbstzensur verschiedenster Akteure in der Schweiz, aber auch um Technologietransfer oder die Marginalisierung von unliebsamen Personen oder Mitgliedern ethnischer Minderheiten. Diese Vorgänge sind uns nur wenig bekannt.

- Tibeter:innen sowie Uigur:innen in der Schweiz berichten davon, dass sie von Akteur:innen des chinesischen Regimes in der Öffentlichkeit beschattet, an Demonstrationen fotografiert und auf den sozialen Medien belästigt werden und ihre Computer und Smartphones von Cyber-Attacken betroffen sind³. Steckt hinter diesen offenen Einflussversuchen und verdeckten Überwachungsmaßnahmen mehr als Einschüchterung?

Diese Praktiken sind gut dokumentiert, auch jenseits der Schwierigkeit, dass hier Propaganda oft auf ebenfalls problematische Gegenpropaganda trifft. Einschüchterung ist ein wichtiges Ziel. Zunehmend werden inländische Praktiken des autoritären Regimes aufs Ausland angewandt. Souveränität wird extraterritorial beansprucht, etwa in offiziellen Gesetzen wie im neuen Hongkonger Sicherheitsgesetz oder im Antisanktionsgesetz. Einschüchterung befördert letztlich Selbstzensur und ist also zielführend. Der chinesische Parteistaat scheut sich auch nicht vor weitergehenden Repressalien, etwa forcierte «Repatriierungen», d.h. Entführungen, wie im bekannten Fall von Gui Minhai, oder die Verhaftung und Internierung von in der VR China verbliebenen Familienmitgliedern.

- Welche sozialen Auswirkungen können diese Praktiken auf betroffene Personen haben?

Die sozialen Auswirkungen können weitreichend sein. Menschen in unserer Mitte, die notabene mit allem Recht hier leben, für die eine staatliche Schutzpflicht besteht und für die wir als politische Gemeinschaft Verantwortung tragen, können ihre Grundrechte nicht frei ausüben. Sie müssen sogar mit ernsthaften Konsequenzen rechnen. Das ist psychisch und sozial gravierend, rüttelt aber zugleich auch am Fundament unserer liberalen Demokratie.

- Ihre Studie wurde von der Chinesischen Botschaft in Bern auf deren Webseite kommentiert und die Erkenntnisse darin dementiert. Haben Sie selbst weitere direkte oder indirekte Druck- oder Denunziationsversuche von Seiten staatlicher Akteur:innen erlebt?

³ Siehe unter anderem: GfbV-Bericht, 2018: Chinas langer Schatten: Freihandel, Soft Power und Grundrechte – Zur Situation der tibetischen Gemeinschaft in der Schweiz, 2013-2018.

Zum «nachdrücklichen Protest» der Chinesischen Botschaft kam noch eine Verlautbarung des Konsulats in Zürich hinzu, in dem meine Studie und meine Person angegriffen werden. Aber damit musste ich rechnen. Die Repräsentanten der VR China tun, was Vertreter solcher Regimes tun müssen. Man kann sich kaum vorstellen, dass eine Schweizer Botschaft auf eine wissenschaftliche Studie ähnlich reagieren würde. Die Studie hat viele weitere Reaktionen hervorgerufen, die jedoch mit wenigen Ausnahmen auf der Ebene von Beleidigungen und Verleumdungen geblieben sind. Oft handelt es sich dabei um selbstinitiierte Handlungen, aber das lässt sich nicht immer abschliessend feststellen.

- Von welchen Einflussversuchen auf Forschungstätigkeiten an Schweizer Universitäten ist auszugehen? Sind Sie informiert über Ereignisse?

Da in der Schweiz exzellente Forschung betrieben wird, ist es nicht erstaunlich, dass Universitäten und Hochschulen im Fokus des chinesischen Parteistaats sind. Man findet Einflussversuche auf der persönlichen wie institutionellen Ebene. Zu den grössten Effekten gehören weit verbreitete Selbstzensur und uninformierte Kooperationen, die bis zu komplexen Abhängigkeitsverhältnissen oder etwa zu Technologietransfer führen können. Ab und zu scheint aber auch einfach der antizipierte Nutzen einer Kooperation die wahrgenommenen Risiken zu überwiegen. Seit etwa einem Jahr erhält die Problematik von Wissenschaftsseite deutlich mehr Beachtung. Mehrere Universitäten und die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen arbeiten derzeit an Richtlinien und Massnahmen.

- In der Schweiz gibt es ein Konfuzius-Institut an der Universität in Genf. Diese weltweiten Institute wurden wiederholt als Kanäle bezeichnet, über welche die KP China versucht international «weiche kulturelle Macht»⁴ auszuüben. Was bedeutet das konkret?

Die Konfuzius-Institute sind in der Forschung schon früh als Propagandainstrumente diskutiert worden. Wie so viele Initiativen der VR China sind sie durch eine grosse Ambivalenz geprägt. Zum einen vermitteln sie chinesische Sprache, Kultur und Traditionen, was ja an sich wünschenswert wäre. Zum anderen bestimmt Selbstzensur die Aktivitäten des Instituts, oft aber auch der betreffenden Universität und der Stadt, wo das Institut angesiedelt ist. Einmal eingerichtet können sie so zum politischen Asset werden. Letztlich hat diese Ambivalenz aber System. Der chinesische Parteistaat nützt so die Offenheit liberaler Demokratien aus. Inzwischen sind viele Konfuzius-Institute in Europa und in Nordamerika wieder geschlossen. Sie waren immer nur ein relativ kleiner Teil in einem viel grösser angelegten Einflussystem.

- In der Schweiz scheinen Wirtschaftsinteressen Vorrang vor dem Dialog rund um Menschenrechtsverletzungen und vor Forderungen nach Sanktionen gegenüber China zu haben. Hat die Schweiz ihren Handlungsspielraum mit China aufgrund der zunehmend engeren wirtschaftlichen Verflechtungen selbst eingeschränkt?

Die Wohlfahrt der Schweiz, auch die wirtschaftliche, ist ein bedeutsames Ziel der Aussenpolitik, aber die Bundesverfassung betont gleichermassen die Unabhängigkeit. Auch die Achtung der Menschenrechte und die Förderung der Demokratie sind erwähnt. Das kann zu Zielkonflikten führen. In den letzten 20 Jahren haben wir zwar von Menschenrechten gesprochen, aber auf gute Wirtschaftsbeziehungen gesetzt. Damit hat man sicherlich Handlungsspielräume eingeschränkt. Mit den neuen Spannungen in der internationalen Politik und dem aggressiveren Auftreten der VR China werden Unternehmer sich jedoch wohl oder übel neu orientieren müssen. Vielleicht ist diese Neuausrichtung eine Chance, das Verhältnis zwischen Wirtschaftsinteressen und Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wieder in ein besseres Verhältnis zu rücken.

- In einem kürzlich erschienen Online-Artikel wurden Sie wie folgt zitiert: „ [Die Schweizer Regierung] ist in einer sehr vertrackten Lage, da man die wirtschaftlichen Verbindungen zwar weiterhin vertiefen will, andererseits die Volksrepublik China global konfrontativer auftritt und die schweizerische Zivilgesellschaft

⁴ Hamilton, Clive und Mareike Ohlberg, 2020: *Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet*. 1. Auflage. München: DVA.

und das Parlament den Druck auf die Regierung und die Wirtschaft erhöhen.“ Welche China-Strategie fänden Sie für die Schweiz sinnvoll?

Die Schweizer Regierung sieht sich in Wertefragen europäischen Ländern, der EU und letztlich auch den USA näher. Gleichzeitig betont die China-Strategie, dass man keinem Block zugehöre. Die Sprache von Blockzugehörigkeit verweist auf den Kalten Krieg, der aber als Vergleich nur beschränkt taugt. Wirtschaftlich, kommunikationstechnisch und auch sonst sind heute die Verknüpfungen globaler und intensiver. Wenn wir uns von «Blöcken» zu sprechen genötigt sehen, dann ist das dem Eindruck geschuldet, dass sich derzeit zwei Normenräume ausbilden, die scheinbar in Linie mit der ebenfalls drohenden Konfrontation zweier Grossmächte fallen. Ich sage «scheinbar», weil genau hier zwischen Machtblock und Normenraum zu differenzieren ist. Sich etwa auf der Seite der USA zu positionieren, wenn es um Werte und Normen geht, die man auch unabhängig von den USA verteidigen würde, ohne sich aber in die Grossmachtspolitik der USA einspannen zu lassen, ist die Gratwanderung, die uns irgendwie gelingen muss.

Interview with China Expert Ralph Weber (Part I) (Rahel Jud)

Ralph Weber is Professor of European Global Studies at the EuropaInstitut of the University of Basel. He is keen to address the public with his expertise in order to share his research findings on the activities of the Chinese Communist Party (CCP) and to stimulate public discussion about the People's Republic (PR) of China and its influence abroad.

Your voice is very much in demand in the public and media discourse around the topics of global influence, power politics and the PRC political system. Why did you decide to go public with these issues?

Ralph Weber - For years I have been concerned with how the CCP selectively uses Confucianism and instrumentalises it for its own purposes. Then, two years ago, I was asked to speak at length in the Tagesgespräch on SRF1 on the 30th commemoration of the massacre around the events in Tiananmen Square. At that time, I thought carefully about whether I should do it and then decided to do it - after that, I continued consistently. The main thing for me here is to contribute to the public discussion in as differentiated and constructive a way as possible, while at the same time calling a spade a spade.

What knowledge about China's political system is fundamental to understanding the PRC's actions on the world stage?

The most important thing is that the party is above the state and is Marxist-Leninist. The party elite is simply concerned with maintaining its power, as it is not subject to re-election requirements. When analysing the global politics of the PRC, one has to keep an eye on the party structures. When a Chinese delegation met the US Secretary of State Antony Blinken in Alaska a few months ago, the central figure was Yang Jiechi, a party representative without current state office.

Nowadays, the Chinese party state has an impact on almost all areas of life; there is hardly any space left for independent civil society or economic engagement.

Kai Strittmatter writes in his book "Die Neuerfindung der Diktatur" (2018): "The China that has accompanied us for the last four decades [...] it is no more. [...] Where Deng Xiaoping prescribed pragmatism, Xi Jinping again pays homage to ideology." Can you briefly outline the basic pillars of this ideology as interpreted by the CCP today?

The basic ideology never disappeared. Even under Deng Xiaoping, there was a commitment to the socialist road under the leadership of the CCP based on Marxism-Leninism and Mao Zedong thought and the dictatorship of the proletariat. The commitment to Leninist democratic centralism and the goal of long-term victory over capitalism have been ideological pillars since Mao Zedong until today. What can be observed with Xi Jinping is a re-ideologisation in the sense that he puts the party back at the centre (its claim to leadership has been explicitly enshrined in the state constitution again since 2018), puts party members and bureaucrats on a much stricter ideological leash, tries to swear all areas of society to the party line and uses partly Maoist practices for this, but uses the latest technologies.

Why are these ideas so deeply rooted in the minds of party leaders today, why are they "in Xi Jinping's bones" ?

The fact that ideology is given a central role does not mean that it also motivates the actions of the party leadership. This is ultimately an open question and the answer may differ for different party officials. But it would certainly be unwise not to also consider ideology as a tool of the party leadership, i.e. to understand it as an instrument for maintaining power and not as an end in itself. So what is "in Xi's bones" may be an understanding of the utility of ideology.

What kind of programme of global influence is the CCP pursuing, by what means, through what institutions and to what end?

On the one hand, the CCP tries to exert influence globally through common channels such as diplomacy and intelligence services. In addition, however, it also uses other channels that function as independent further developments of what were originally often Soviet models, such as the Propaganda Department or the Department for International Relations. The message is largely uniform and is fed into the system by the party leadership. However, the various actors are in competition with each other, vying for the favour of the party leadership and seeking resources and power for themselves. The terms "Wolf Warrior Diplomacy" and "Operation Fox Hunt" are also frequently used. Where do these terminologies come from and what practices are they referring to?

The term "Wolf Warrior Diplomacy" is taken from an action film and refers to the aggressive behaviour of Chinese diplomats in recent times. This is in clear contrast to the previous maxim, dating back to Deng Xiaoping, that one should behave in a restrained and cooperative manner. A new book entitled China's Civilian Army (2021) gives an extremely knowledgeable account of the history of PRC diplomacy from its foundation by Zhou Enlai to today's "Wolf Warrior Diplomacy". "Operation Fox Hunt" is a programme dating back to 2014 that has been used to force back into China those accused of corruption, and allegedly dissidents and others disagreeable to the regime under this guise, around the globe. It also represents the increasing trend of the Chinese party-state to exercise authority extraterritorially, sometimes in clear violation of the sovereignty of other countries.

In the context of the CCP's global influence, there is talk of another set of instruments, the united front. What is this?

The united front is a tactic dating back to Lenin of temporary alliances with other groups and the capture of non-Party members. Specifically, well-meaning or uninformed people at home and abroad are harnessed for the party's purposes and critics are marginalised. The CCP, with its approximately 90 million members, must ultimately rule over a population of 1.4 billion people only at home. Such united front work is the duty of every Party member. In addition, the united front is a system of influence with its own institutions in addition to the propaganda department and other systems of influence. For example, it has special responsibility for the social control of religions, for Tibet, Xinjiang, Hong Kong and Taiwan, for overseas Chinese, and so on. Under Xi Jinping, it has been strengthened enormously in terms of personnel and budget, and

it has taken on additional areas of responsibility. Explicitly, it is to engage overseas students, business people and influencers more.

Why is it an important endeavour for the CCP to influence critical voices abroad in an orchestrated way or to silence them? Such authoritarian regimes with totalitarian tendencies need enemy images, for one thing, to maintain their own legitimacy. In this way, they strengthen the false claim of acting on behalf of their own people, and they appropriate them. That is why it is important to make a strict distinction between Chinese on the one hand and the party-state on the other in the critical debate with the regime. For the CCP, it is therefore important to maintain the threat from abroad in the consciousness of its own people. On the world stage, on the other hand, it would like to achieve, for example by influencing discourse, that the PRC is perceived as legitimate as a responsible great power with a different, but by no means inferior, political system. On the contrary: for a few years now, the PRC's own system has even been presented as superior to democracies. Critical voices are disruptive and unwanted. The aim is to tell a good story about China, and at the same time to defame liberal democracies as inefficient and historically failed.

tibetfocus 154, December 2021 **NOT YET PUBLISHED, KEEP CONFIDENTIAL**

Interview with China expert Ralph Weber (Part II)

- In 2020 you published the first scientific study on the influence of the CP China in Switzerland. In this study, you identify personal and institutionalised networks that serve the CP China to influence society, the economy and politics in Switzerland. What conclusion can be drawn from your study?

The study shows how the united front influences the Chinese diaspora in Switzerland and what role the Chinese embassy in Bern and the consulate in Zurich play in this. In the study, I emphatically warn against deducing a general suspicion against Chinese in Switzerland on the basis of the connections in the Chinese diaspora to the influence apparatus of the Chinese party state. That would be highly problematic and would miss the point by far. However, a few figures in the diaspora act as important links in the Swiss economy, politics, media and academia. Actors in these areas maintain numerous contacts with, for example, the propaganda system of the Chinese Communist Party. The consequences of such contacts are often subtle and insidious. It is about influencing the discourse around "China" and about normalising self-censorship of various actors in Switzerland, but also about technology transfer or the marginalisation of disagreeable persons or members of ethnic minorities. These processes are little known to us.

- Tibetans and Uighurs in Switzerland report that they are shadowed in public by actors of the Chinese regime, photographed at demonstrations and harassed on social media, and that their computers and smartphones are subject to cyber attacks. Is there more than intimidation behind these overt attempts at influence and covert surveillance measures? These practices are well documented, even beyond the difficulty that propaganda often meets equally problematic counter-propaganda here. Intimidation is an important goal. Increasingly, domestic practices of the authoritarian regime are being applied abroad. Sovereignty is claimed extraterritorially, for example in official laws such as the new Hong Kong Security Act or the Anti-Sanctions Act. Intimidation ultimately promotes self-censorship and is thus purposeful. The Chinese party-state does not shy away from more extensive repressive measures, such as forced "repatriations", i.e. abductions, as in the well-known case of Gui Minhai, or the arrest and internment of family members remaining in the PRC.

- What social impact can these practices have on affected individuals?

The social impact can be far-reaching. People in our midst, who by all rights live here, for whom the state has a duty to protect and for whom we have a responsibility as a political community, cannot freely exercise their fundamental rights. They must even reckon with serious consequences. This is psychologically and socially serious, but at the same time it also shakes the foundations of our liberal democracy.

- Your study was commented on by the Chinese Embassy in Bern on their website and the findings therein were denied. Have you yourself experienced further direct or indirect attempts of pressure or denunciation on the part of state actors? In addition to the "emphatic protest" of the Chinese Embassy, there was a statement from the consulate in Zurich attacking my study and my person. But I had to expect that. The representatives of the PRC do what representatives of such regimes have to do. One can hardly imagine that a Swiss embassy would react similarly to a scientific study. The study has provoked many other reactions, but with few exceptions they have remained at the level of insults and slander. Often these are self-initiated acts, but this cannot always be conclusively determined.

- What attempts to influence research activities at Swiss universities can be assumed? Are you informed about events? Since excellent research is conducted in Switzerland, it is not surprising that universities and higher education institutions are the focus of the Chinese party state. One finds attempts to exert influence at both the personal and institutional levels. Among the greatest effects are widespread self-censorship and uninformed cooperation, which can lead to complex dependency relationships or, for example, technology transfer. Occasionally, however, the anticipated benefits of cooperation seem to outweigh the perceived risks. For about a year now, the problem has been receiving much more attention from the scientific community. Several universities and the Rectors' Conference of Swiss Universities are currently working on guidelines and measures.

- In Switzerland, there is a Confucius Institute at the University of Geneva. These worldwide institutes have repeatedly been described as channels through which the Chinese Communist Party is trying to exercise "soft cultural power" internationally. What does that mean in concrete terms?

The Confucius Institutes have been discussed early on in research as propaganda tools. Like so many PRC initiatives, they are characterised by a great ambivalence. On the one hand, they convey Chinese language, culture and traditions, which would be desirable in itself. On the other hand, self-censorship determines the activities of the institute, but often also of the university concerned and the city where the institute is located. Once established, they can thus become a political asset. Ultimately, however, this ambivalence has a system. The Chinese party-state thus exploits the openness of liberal democracies. In the meantime, many Confucius Institutes in Europe and North America have closed again. They were always only a relatively small part of a much larger system of influence.

- In Switzerland, economic interests seem to take precedence over dialogue around human rights violations and over demands for sanctions against China. Has Switzerland itself limited its room for manoeuvre with China due to increasingly close economic ties?

Switzerland's welfare, including economic welfare, is a significant foreign policy objective, but the Federal Constitution equally emphasises independence. Respect for human rights and the promotion of democracy are also mentioned. This can lead to conflicting goals. In the last 20 years, we have spoken of human rights but focused on good economic relations. This has certainly limited room for manoeuvre. However, with the new tensions in international politics and the more aggressive stance of the PRC, entrepreneurs will have to reorient themselves willy-nilly. Perhaps this reorientation is a chance to bring the relationship between economic interests and human rights, democracy and the rule of law back into better balance.

- In a recent online article, you were quoted as follows: "[The Swiss government] is in a very tricky position, because while they want to continue to deepen economic ties, on the other hand the People's Republic of China is becoming more confrontational globally and Swiss civil society and parliament are increasing pressure on the government and business." What China strategy would you find useful for Switzerland?

The Swiss government sees itself as being closer to European countries, the EU and ultimately also the USA in matters of values. At the same time, the China strategy emphasises that it does not belong to any bloc. The language of belonging to a bloc refers to the Cold War, which is only of limited use as a comparison. Economically, in terms of communication technology and in other respects, the links today are more global and more intensive. If we feel compelled to speak of "blocs", it is due to the impression that two norm spaces are currently forming that seem to fall in line with the likewise threatening confrontation of two great powers. I say "apparently" because it is precisely here that a distinction must be made between power bloc and norm space. To position oneself on the side of the USA, for example, when it comes to values and norms that one would also defend independently of the USA, but without allowing oneself to be drawn into the great power politics of the USA, is the tightrope walk that we must somehow succeed in.